

24. November 2015

# ÖKUMENISCHE INFORMATION

48

Nachrichten und Hintergründe  
aus der Christlichen Ökumene  
und dem Dialog der Religionen

Wird Kurschus Bischöfin?

Landessynode diskutiert über ihr Leitungsamt

Seite 3

US-Kirchen billigen In-via-Erklärung über  
Kirche, Amt und Eucharistie

Seite 5

Bisher nichts als Worthülsen

ZdK und Kirchentag planen Veranstaltung für 2017

Seite 7

Für eine zeitgemäße Erneuerung

Theologie im post-ökumenischen Zeitalter

Seite 11

Das hat mich zornig gemacht

Theologin über ihre Spurensuche nach Regina Jonas

Seite 16

Dokumentation

Sinn des Primats verdunkelt

Kommuniqué des orthodox-katholischen  
Arbeitskreises St. Irenäus



Herausgeber KNA Katholische Nachrichten-Agentur GmbH (in Verbindung mit dem Johann-Adam-Möhler-Institut, Paderborn), PF 18 40, 53008 Bonn, Internet: [www.kna.de](http://www.kna.de), Tel.: 0228 / 26000-0, Fax: 0228 / 26000-196. **Chefredakteur** Ludwig Ring-Eifel. **Chef vom Dienst/Stv. Chefredakteur** Thomas Winkel. **Geschäftsführer** Theo Münch-Tegeteder. **Redaktion** Norbert Zonker, Neustädtische Kirchstr. 6, 10117 Berlin, Tel.: 030 / 283059-0, Fax: 030 / 283059-539, E-Mail: [redoeki@kna.de](mailto:redoeki@kna.de). Bezugspreis pro Ausgabe: Euro 6,90 zzgl. Versandkosten und MwSt. © 2015 KNA. Alle Rechte vorbehalten. Wiedergabe des Inhalts – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der KNA. Veröffentlichung im Internet nur mit schriftlicher Genehmigung der KNA. Die Weitergabe dieser Datei in jeglicher Form gilt als Verstoß gegen das Urheberrecht und wird entsprechend geahndet.

## Bischöfe erinnern an deutsch-polnischen Versöhnungs-Briefwechsel

**Tschenstochau** Mit einer Messe und einem Festakt haben deutsche und polnische Bischöfe am 22. November im polnischen Tschenstochau (Czestochowa) den 50. Jahrestag des Versöhnungs-Briefwechsels begangen. Die „großen Worte“ der polnischen Bischöfe „Wir gewähren Vergebung und bitten um Vergebung“ von November 1965 seien „für die Deutschen ein unverdientes Geschenk“ gewesen, sagte der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, in seiner Predigt im wichtigsten Wallfahrtskloster Polens. Der Botschaft des Briefwechsels sei die katholische Kirche in beiden Ländern treugeblieben und müsse dies auch in Zukunft bleiben. Die Bischöfe in Polen und in Deutschland hätten dafür gesorgt, dass Hass, Zwietracht und politisches Kalkül die Hände beider Seiten nicht wieder trennen konnten. „Bei allem Auf und Ab der politischen Beziehungen, bei manchen Ungereimtheiten und Enttäuschungen, die es auch im Verhältnis zwischen der Kirche in Deutschland und in Polen gab: Die Kirche in beiden Ländern – nicht nur die Bischöfe, sondern auch Priester und Laien – ist zusammengeblieben“, so Marx.

In einer gemeinsamen Erklärung zum Jahrestag verpflichteten sich beide Bischofskonferenzen erneut, für Versöhnung, Frieden und Solidarität einzutreten. Der gemeinsame Weg gehe weiter. Er solle „noch mehr, über die Begegnung der Bischöfe hinaus, zu intensiverem Austausch auf allen Ebenen der Kirche in unseren Ländern“ führen. Die Bischöfe fordern zudem eine Vertiefung der europäischen Integration sowie die Bewahrung christlicher Werte in Europa. Die Kirche wolle aktiv und intensiv an der „Einheit Europas mit seinen christlich geprägten Grundlagen“ mitarbeiten, heißt es in der von den Episkopats-Vorsitzenden Marx und Stanislaw Gadecki unterschriebenen Erklärung. Kritik übten die Bischöfe daran, dass heute vielerorts in Vergessenheit geraten sei, dass die christlichen Werte und das christliche Menschenbild den europäischen Geist und die Identität der Europäer tief geprägt hätten. Die Bischofskonferenzen rufen in der Erklärung auch zur Unterstützung der Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika auf.

Marx beklagte in seiner Ansprache „Tendenzen des Nationalismus, des Egoismus, der Selbstbezogenheit überall in Europa“. Viele glaubten, die Probleme des eigenen Landes ließen sich leichter lösen, wenn man sich auf sich selbst zurückziehe. Solidarität schein zu einer immer knapperen Ressource zu werden. „Ich bin überzeugt: Dies sind Irrwege“, so der Münchner Kardinal. Politik unter dem Motto „Jeder ist sich selbst der Nächste“ führe dazu, dass am Ende alle verlören. Die europäischen Völker könnten die großen Probleme unserer Zeit nur gemeinsam lösen. Gadecki sagte, der heilige polnische Papst Johannes Paul II. und sein Nachfolger Benedikt XVI. seien ein „Vorbild der Freundschaft zwischen unseren Nationen, die auf die Taufe gebaut ist“.

Rund 20 Bischöfe aus beiden Ländern nahmen an der Messe und dem Festakt teil. Auch der deutsche und der polnische Präsident würdigten die Versöhnungsbotschaft von 1965. Die Kirchen seien der Politik in Sachen Versöhnung voraus gewesen und hätten in Zeiten des Kalten Krieges ein Zeichen für „ungewöhnlichen Mut“ gesetzt, betonten Joachim Gauck und Andrzej Duda in einem in Tschenstochau verlesenen gemeinsamen Schreiben. ●

---

## Zentralrat fordert mehr deutsche Unterstützung für Jesiden

**Köln** Der Zentralrat der Jesiden in Deutschland fordert mehr Unterstützung für Angehörige der Minderheit, die aus der Gefangenschaft der Terrormiliz „Islamischer Staat“ (IS) entkommen sind. Von der Bundesregierung gebe es „diesbezüglich wenig bis gar keine Unterstützung“, sagte Zentralratssprecher Holger Geisler im Deutschlandfunk. Einzelne Bundesländer wie Baden-Württemberg und Niedersachsen, die die Aufnahme von Jesiden zugesagt hätten, seien behindert worden. Laut Zentralrat haben die Terroristen in den vergangenen anderthalb Jahren 5.000 Frauen versklavt. Etwa die Hälfte ist wieder freigekommen, rund 1.000 wurden von der religiösen Minderheit freigekauft. ●

# Wird Kurschus Bischöfin?

## Westfälische Landessynode diskutiert über ihr Leitungsamt

Von K. Rüdiger Durth

**Bielefeld** 2016 soll die Synode der Evangelischen Kirche von Westfalen darüber entscheiden, ob die mit knapp 2,4 Millionen Mitgliedern viertgrößte unter den 20 Mitgliedskirchen der EKD statt eines Präses einen Bischof bzw. eine Bischöfin erhält. Das beschloss die Synode der Landeskirche auf Antrag des Dortmunder Superintendenten Ulf Schlüter in Absprache mit einigen Kollegen. In den kommenden Monaten soll das Thema in den kirchlichen Gremien diskutiert werden.

In der EKD gibt es viele Präses in unterschiedlichen Funktionen – von der ehrenamtlichen Präses als Vorsitzender der Synode der EKD bis zum hauptamtlichen Präses des Gnadauer Verbands, um nur diese beiden Beispiele zu nennen. Und es gibt zwei Präses, die hauptamtlich die Funktion eines Bischofs ausüben – im Rheinland und in Westfalen. Beide Landeskirchen wurden früher als Provinzialkirchen der Altpreußischen Union von Generalsuperintendenten geleitet. Nach der kirchlichen Neuordnung 1945 entschieden sich die beiden Landeskirchen für das Amt des Präses als Leitung der Landeskirche – das freilich mehr Befugnisse hat als ein übliches evangelisches Bischofsamt. Denn aufgrund der presbyterial-synodalen Ordnung, die eine Kirchenleitung von unten nach oben vorsieht, vereint der Präses (die weibliche Form lautet: Frau Präses) in seiner Person nicht nur den Vorsitz in der Kirchenleitung, sondern auch im Kirchenamt und in der Synode. Der Präses ist also während der Landessynode zugleich Vorsitzender der Synode. Die anderen Landeskirchen trennen zwischen Kirchenleitung und Leitung der Synode.

Während der westfälische Präses ein Amtskreuz trägt (das sogenannte Präseskreuz), ist dies in der rheinischen Kirche undenkbar – obwohl diese das alte Amtskreuz des früheren Generalsuperintendenten im Tresor des Landeskirchenamts verwahrt. Was

hat nun den Dortmunder Superintendenten Schlüter (der bei seiner Amtseinführung 2014 betonte, dass man nicht den Superintendenten feiere, sondern „an erster Stelle Gottesdienst“) zu seinem Vorstoß bewogen? Für ihn kommt es darauf an, dass man das Amt des Präses so bezeichnet, „dass es heute überall verstanden wird“. Allerdings ist im größten Bundesland die Bezeichnung Präses und die Anrede „Herr Präses“ oder „Frau Präses“ durchaus geläufig. Das gilt auch für die dritte Landeskirche in Nordrhein-Westfalen, nämlich die lippische. Dort steht an der Spitze ein Landessuperintendent. Für Schlüter entspricht das Präsesamt in der westfälischen Landeskirche ohnehin dem bischöflichen Amt, was auch jeder Protestant im 18 Millionen-Einwohnerland mit mehreren katholischen (Erz)Bischöfen weiß. Zu diesem Amt gehöre, so Schlüter vor der Landessynode, nicht nur die Leitung der Kirchenleitung und des Landeskirchenamtes, sondern laut Kirchenordnung sei es auch „das Hirtenamt an den Gemeinden“. Deshalb, so der Superintendent, der nur wenig älter als die 52-jährige, auf acht Jahre gewählte Präses Annette Kurschus ist: „Die vornehmste Aufgabe der oder des Präses ist der Dienst der Verkündigung und der Seelsorge. Sie oder er besucht die Gemeinden, insbesondere die ordinierten Amtsträgerinnen und Amtsträger, um ihnen mit Beratung, Mahnung und Tröstung zu dienen.“ So bestimme es die Kirchenordnung. Längst habe man de facto einen Bischof bzw. eine Bischöfin. Man müsse sich nur trauen, „das auch zu sagen“.

Ob Annette Kurschus als Bischöfin ein größeres Gewicht gegenüber dem EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm hätte, sei dahingestellt. Die in Rotenburg an der Fulda geborene, aber vor allem im westfälischen Siegen aufgewachsene Pastorentochter hat auch ohne diesen Titel auf sich aufmerksam gemacht. Nach dem Theologiestudium in Bonn, Marburg, Münster und

Wuppertal absolvierte sie in Siegen-Eiserfeld ihr Vikariat, wurde Gemeindepfarrerin und 2005 zur Superintendentin des Reformierten Kirchenkreises Siegen gewählt. 2011 überzeugte sie aufgrund ihrer Leistung als Superintendentin, ihrer theologischen Prägnanz und als exzellente Predigerin die westfälische Landessynode, die sie zur Nachfolgerin von Präses Alfred Buß wählte. 2012 übernahm sie die Leitung der Landeskirche, und schon bald wurde sie auch für höhere Ämter in der EKD gehandelt. Jetzt wählte sie die EKD-Synode bereits im ersten Wahlgang in den Rat. Die anschließende Wahl zur stellvertretenden Ratsvorsitzenden war dann letztlich eine Formsache. Damit dürfte ihre Kirchenkarriere aber noch nicht zu Ende sein. Hohe Ämter in der Gemeinschaft Evangelischer Kirchen in Europa (GEKE) und im Ökumenischen Rat der Kirchen (ÖRK) könnten folgen.

Hat die westfälische Diskussion um die Umbenennung des Präses- in ein Bischofsamt auch Auswirkungen auf die benachbarte rheinische Landeskirche? Dazu meint der rheinische Landessynodale und Bonner Pfarrer Siegfried Eckert: „Diese Diskussion muss doch wieder Wasser auf die Mühlen derer sein, die der Kirche unterstellen, sie hätte keine anderen Probleme. Warum diese Titelfrage in dieser wirren Zeit? Hier beschäftigt sich die Organisation wieder mit sich selbst, mit ihrer eigenen Bedeutsamkeit, ihrer größeren, öffentlichen Wahrnehmung.“ Nach Ansicht des streitbaren Pfarrers und Buchautors geht es mehr denn je um glaubwürdige Taten denn um Titel. „Ich persönlich könnte als bayerischer Lutheraner im Rheinland mit dem Bischofstitel gut leben, weil er mehr geistliche Tiefe ausstrahlt als die Sitzplatzbezeichnung Präses. Aber ich brauche diese Diskussion schlicht und einfach in diesen trübsinnigen, flüchtigen Zeiten nicht“, so Eckert. Dem rheinischen Präses Manfred Rekowski darf man jedenfalls ungefragt unterstellen, dass er andere Sorgen hat als die, ob auch er sich eines Tages Bischof nennen darf.

Übrigens, so wird in der EKD erzählt: Als der damalige rheinische Präses Manfred Kock in seiner Eigenschaft als EKD-Ratsvorsitzender in Indien zu Besuch war und ein Empfang beim Staatsprä-

sidenten in Neu-Delhi anstand, wurde ihm bedeutet, dass man in Indien mit dem Titel Präses nichts anfangen könne und man ihn deshalb als Bischof vorstelle. Das war okay. Aber einen Bischof ohne Amtskreuz würde man ebenfalls nicht ernst nehmen. Also „opferte“ Auslandsbischof Koppe sein Kreuz. Nach dem Empfang nahm Kock das Kreuz sofort wieder ab und gab es zurück. Für einen rheinischen Präses war das doch nicht das Wahre. Und so soll das auch bleiben.

Die westfälische Landessynode hat zudem beschlossen, dass ab 2016, bei den nächsten Presbyteriumswahlen, schon ab 14 Jahren gewählt werden darf. Bisher galt die Grenze von 16 Jahren. Immerhin haben die westfälischen Synodalen keine Sorgen mit dem Geld: 2016 erwartet man ein Kirchensteueraufkommen von 465 Millionen Euro. Davon will man 11,7 Millionen Euro zur Unterstützung finanzschwacher Landeskirchen in Ost- und Mitteldeutschland in den EKD-Finanzausgleich überweisen. Rund 34 Millionen Euro sollen im kommenden Jahr für gesamtkirchliche Aufgaben aufgewandt werden (u.a. für Aufgaben der EKD sowie Weltmission, Ökumene und gesamtkirchliche Aufgaben). Knapp 280 Millionen Euro erhalten die 28 westfälischen Kirchenkreise mit ihren 501 Kirchengemeinden (einschließlich Pfarrbesoldung). ●

---

## 40 Jahre Gleichberechtigung im Pfarramt gewürdigt

**Bonn** Mit einem Festtag „Pionierinnen im Pfarramt – 40 Jahre Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Evangelischen Kirche im Rheinland“ hat die rheinische Kirche daran erinnert, dass 1975 Frauen und Männer gleichberechtigt Zugang zum Pfarramt haben. „Ohne die Pfarrerinnen wäre unsere Kirche heute geistlich, theologisch, spirituell und zwischenmenschlich um vieles ärmer, langweiliger und geistloser“, betonte Vizepräses Christoph Pistorius bei der Veranstaltung am 20. November in Bonn. Es habe lange gedauert, ehe 1975 dieser Teil der Gleichberechtigung Wirklichkeit geworden sei. ●

## US-Kirchen billigen In-via-Erklärung über Kirche, Amt und Eucharistie

**Washington/Mississauga** In den USA haben die katholische Bischofskonferenz und die Evangelisch-Lutherische Kirche in Amerika (ELCA) eine gemeinsame Erklärung zum 50-Jahr-Jubiläum der nationalen und internationalen Dialoge beider Kirchen vorgelegt. Sie steht unter dem Titel „*Declaration on the Way: Church, Ministry and Eucharist*“ (In-via-Erklärung Kirche, Amt und Eucharistie) und wurde am 30. Oktober veröffentlicht. Das 120 Druckseiten umfassende Dokument ([www.usccb.org/beliefs-and-teachings/ecumenical-and-inter-religious/ecumenical/lutheran/declaration-on-the-way.cfm](http://www.usccb.org/beliefs-and-teachings/ecumenical-and-inter-religious/ecumenical/lutheran/declaration-on-the-way.cfm)) markiere einen Weg zu größerer sichtbarer Einheit, teilten die beiden Kirchen mit.

Das Dokument stelle eine Chance für Lutheraner und Katholiken dar, auf dem Weg zur vollen Gemeinschaft immer näher zusammenzukommen, erklärte der katholische Co-Vorsitzende der Dialogkommission, Weihbischof Denis J. Madden (Baltimore). Die Vorsitzende Bischöfin der ELCA, Elizabeth A. Eaton, hob hervor, dass über Fragen, wegen denen vor 500 Jahren Kriege geführt worden seien, inzwischen ein Konsens erreicht sei. Kirche, Amt und Eucharistie seien Streitthemen und sogar Anlässe zur Spaltung zwischen beiden Kirchen gewesen, und immer noch müsse an diesen Fragen weitergearbeitet werden. Das Besondere an der jetzt vorgelegten Erklärung seien 32 „*Statements of Agreement*“, in denen beide Seiten bereits jetzt feststellen können, dass diese Punkte keinen kirchentrennenden Charakter hätten.

Im Blick auf das Reformations-Gedenkjahr 2017 signalisierten diese Übereinstimmungen, dass Katholiken und Lutheraner tatsächlich auf dem Weg zur vollen und sichtbaren Einheit seien, so die beiden Kirchen. Zugleich benenne das Dokument die verbleibenden Differenzen und zeige mögliche Wege für die Weiterarbeit auf. Im Oktober hatten laut der Mitteilung sowohl die Bischofskonferenz der ELCA als auch die Kommission der katholischen Bischofskonferenz für ökumenische und interreligiöse Angelegenheiten die 32 „*Agreements*“ einstimmig angenommen. Für die ELCA wird das

komplette Dokument nun der 2016 anstehenden *Churchwide Assembly*, dem höchsten legislativen Gremium der Kirche, vorgelegt.

Das Dokument rezipiert die zwischen dem Päpstlichen Rat zur Förderung der Einheit der Christen und dem Lutherischen Weltbund (LWB) erreichten Übereinstimmungen. Die ELCA ist die einzige LWB-Mitgliedskirche in den USA. Zugleich laden die US-Kirchen den Einheitsrat und den LWB ein, einen Prozess und einen Fahrplan zur Behandlung der verbleibenden Themen in Gang zu setzen. Die Ausweitung der Möglichkeiten für Lutheraner und Katholiken, das Herrenmahl gemeinsam zu empfangen, wäre nach ihrer Ansicht „ein Zeichen der bereits erreichten Übereinstimmung“. Die Erklärung versteht sich als Antwort auf den Vorschlag des Präsidenten des Päpstlichen Einheitsrats, Kardinal Kurt Koch, nach der Gemeinsamen Erklärung zur Rechtfertigungslehre (GER) von 1999 nun eine Gemeinsame Erklärung über Kirche, Amt und Eucharistie in Angriff zu nehmen.

Als „sehr wichtigen Schritt“ würdigte die Evangelisch-Lutherische Kirche in Kanada (ELCIC) die Erklärung aus dem Nachbarland. Bei einem Treffen der Leitungsgremien der kanadischen Lutheraner und der Anglikanischen Kirche von Kanada in Mississauga/Ontario am 14. November sprach der für Ökumenefragen zuständige Referent der ELCIC von einem „großen Meilenstein“. Besonders hob er die Aussagen des Dokuments zur Eucharistiegemeinschaft hervor.

### Anglikaner erwägen Zustimmung zur GER

Der anglikanische Ökumene-Beauftragte Bruce Myers kündigte an, dass die anglikanische Weltgemeinschaft im nächsten Jahr über ein zustimmendes Votum zur GER beraten werde, wie es bereits der Methodistische Weltrat 2006 beschlossen habe. Das Thema stehe auf der Tagesordnung der Sitzung des *Anglican Consultative Council* vom 8. bis 20. April 2016 in Lusaka/Sambia. ●



## Papst-Äußerungen zur Kommunion sorgen für Debatten

**Bonn/Bensheim** Der Leiter des Johann-Adam-Möhler-Instituts für Ökumene in Paderborn, Wolfgang Thönissen, sieht keine grundlegenden Neuerungen in den Aussagen von Papst Franziskus vor der evangelischen Gemeinde in Rom, die für viele Debatten sorgen (vgl. *KNA-ÖKI* v. 17.11.15). „Sprechen Sie mit dem Herrn und schreiten Sie voran“, hatte der Papst auf die Frage gesagt, ob der evangelische Ehepartner eines katholischen Christen auch im katholischen Gottesdienst zur Kommunion gehen darf. Die katholische Kirche, so Thönissen im Internetportal *katholisch.de*, habe in solchen Fällen schon immer gesagt: „Bei einzelnen Gläubigen, etwa in konfessionsverschiedenen Ehen, in einer besonderen Notsituation oder in bestimmten Regionen dieser Welt ist der Zugang möglich. Hier muss das Gewissen entscheiden.“

Das Gewissen stehe damit nicht der Lehre entgegen, betonte der Ökumene-Fachmann. Lehre und Gewissen seien zwei Prinzipien, die nicht gegeneinander ausgespielt werden dürften. In den vergangenen Jahren hätten mehrere Bischofskonferenzen versucht, diese Einzelfälle zu erfassen. Doch man habe schnell gemerkt, dass dies zu schwierig sei, weil man daraus automatisch Allgemeinfälle mache. Theologisch seien Katholiken und Protestanten heute nicht mehr so weit auseinander, erklärte Thönissen. Daher könne man sagen, „dass wir beim Herrenmahl eine große Verständigung mit den Lutheranern erzielt haben“. Bei gemischt-konfessionellen Paaren sieht der Experte in Einzelfällen die Möglichkeit des gemeinsamen Kommunionempfangs. Dabei sei man auf die Gewissensentscheidung der Einzelnen angewiesen. Deshalb habe auch der Papst an die Rolle des Gewissens erinnert: „Kommunion bedeutet nicht: Ich gehe in die Kirche und nehme gedankenlos daran teil. Das gilt genauso für Katholiken!“ In der Praxis sei es oft so, dass evangelische Gläubige in einer gemischt-konfessionellen Ehe „am Tisch des Herrn nicht abgewiesen werden“, sagte der Theologe: „Das wäre kein gutes Handeln.“ Die in den Familien gelebte Gemeinschaft im Glauben müsse respektiert werden. Wie tief diese gehe, könne von außen niemand

beurteilen. Der Priester solle solche Paare begleiten und beraten.

Das Konfessionskundliche Institut Bensheim des Evangelischen Bundes begrüßte die Aussagen des Papstes. „Die Selbstprüfung des Einzelnen stellt damit das entscheidende Kriterium dar – nicht der Gehorsam gegenüber der kirchlichen Lehre“, erklärte Catholica-Referent Paul Metzger. In der konkreten Situation könne die Aufforderung des Papstes „als Aufruf zum ‚konfessionellen Ungehorsam‘ verstanden werden, als Aufruf zum wechselseitigen Besuch des Herrenmahls“, fügte er hinzu. Der lange schon geforderten eucharistischen Gastfreundschaft sei damit auf der Ebene der persönlichen Entscheidung die Tür weit geöffnet worden. Die Taufe als das sakramentale Band der Einheit gelte als ausreichende Voraussetzung für eine gemeinsame ökumenische Mahlfeier. Das hätten die ökumenischen Institute in Straßburg, Tübingen und Bensheim bereits 2003 in der Vorbereitung zum Ökumenischen Kirchentag in Berlin gesehen und theologisch begründet. Metzger: „Dies bestätigt der Papst mit seinen Worten.“ ●

---

## Seminar bilanziert 50 Jahre Dialog

**Straßburg** „50 Jahre internationaler evangelisch-lutherisch/römisch-katholischer Dialog: Bilanz und Ausblick“ lautet das Thema des 50. Internationalen Ökumenischen Seminars vom 4. bis 11. Juli 2016 in Straßburg. Veranstalter ist das Institut für Ökumenische Forschung des Lutherischen Weltbunds, das seit seiner Gründung 1965 in besonderer Weise zum lutherisch/römisch-katholischen Dialog beigetragen hat. Bei dem Seminar kämen Teilnehmer an den verschiedenen Dialogrunden zu Wort; „es wird also ein dialogisches *Harvesting the Fruits* unternommen“, so Institutsdirektor Theodor Dieter. ●

*Informationen und Anmeldung: Institute for Ecumenical Research, 8, rue Gustave Klotz, F - 67000 Strasbourg, Tel. +33 (0)3 88 15 25 74, www.strasbourg-institute.org.*

# Bisher nichts als Worthülsen

## ZdK und Kirchentag planen eine gemeinsame Veranstaltung für 2017

Von K. Rüdiger Durth

**Bonn** Eine gemeinsame Veranstaltung zum 500. Jahrestag der Reformation im Jahr 2017 planen sie schon lange – das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) in Bonn und der Deutsche Evangelische Kirchentag (DEKT) in Fulda. Ein Ersatz für einen 3. Ökumenischen Kirchentag (ÖKT) soll es nicht sein, obwohl sich nicht wenige einen solchen nach Berlin (2003) und München (2010) gewünscht hatten. Dieser soll nun 2021 in Frankfurt stattfinden. Doch auch da schwinden so langsam die Hoffnungen, weil sich nach wie vor die Berufung eines neuen Bischofs für Limburg hinauszögert. Und aus Kreisen der katholischen Kirche ist zu hören: „Das kann sich noch hinziehen.“ Ist also der 3. Ökumenische Kirchentag 2021 in Gefahr? Im ZdK hört man lediglich: „Hoffentlich nicht“.

Zurück zum Ökumenischen Fest 2017: Bislang berät man, diskutiert man, hofft auf Ergebnisse einer Arbeitsgruppe. Bisheriges Ergebnis: Nichts als Worthülsen. Denn man hat sich nur darauf geeinigt, dass ZdK und Kirchentag auch die EKD und die Deutsche Bischofskonferenz mit ins Boot holen wollen. Wo soll dieses ökumenische Zeichen im 500. Jahr der Reformation stattfinden? Die Auskunft ist vielsagend: In einer großen, aber nicht zu großen Stadt. In Ostdeutschland? Kann auch Westdeutschland sein.

Was soll es denn nun werden? Ein gemeinsamer Kongress? Da haben ZdK und Kirchentag aus früheren Jahren bereits Erfahrungen. Eigentlich nicht. Was dann? Etwas mehr als ein Kongress, vor allem etwas feierlicher. Und das wäre? Schulterzucken bei denen, die mit dem Thema befasst sind. Ein Tag oder mehrere Tage? Wieder Schulterzucken. Auf jeden Fall soll von dieser Veranstaltung ein ökumenisches Zeichen ausgehen, ein Zeichen, dass Protestanten und Katholiken nach 500 Jahren der Trennung nunmehr zusammenstehen.

Welches dieses gemeinsame Zeichen sein soll, ist völlig offen. Man spricht miteinander, sucht ein Motto. Letzteres steht auch noch nicht fest? Nein, man müsse sich ja erst einmal darüber klar werden, was man eigentlich wolle. Also eine weitere Worthülse. Immerhin hat man inzwischen eine Arbeitsgruppe eingesetzt. Tut man in den Kirchen immer, wenn man bei einer Sache nicht vorankommt. Immerhin hier gibt es Konkretes: Von jeder Seite sind zwei Personen benannt, macht also bei zwei Kirchen und zwei Laienvertretungen acht Personen. Noch einmal nachgefragt: An welche Veranstaltungsform denkt man? Es soll weder ein Kirchen- noch ein Katholikentag sein. Es soll „nichts Geschlossenes“ sein, „es soll ja nach außen wirken“. Was ist die Triebkraft für eine solche Veranstaltung? Triebkraft, so heißt es, soll die Laienbewegung beider Kirchen sein. Und in welcher Form? Man berät. Immerhin hat man sich schon öfter getroffen und beraten. Ergebnis? Man will auf der einen Seite festlich feiern, auf der anderen eine gesellschaftspolitische Botschaft aussenden. Welche? Es wird noch beraten.

Steht denn wenigstens schon ein Termin fest, schließlich hat die EKD für das Jubiläumsjahr 2017 schon fast jede Woche, wenn nicht fast jeden Tag verplant. Ins Auge gefasst ist der September. Der ganze September? Aber nein, sagen die, die mit den Beratungen befasst sind, ein, zwei oder mehr Tage. Aber im September sollte es sein. Bislang wenigstens. Und dann gibt es doch noch etwas Konkretes: Die geplante gemeinsame Veranstaltung soll eine „Brückenfunktion“ ausüben. Was für eine? Man berät noch.

Wie heißt es doch im Volksmund: „Gottes Mühlen mahlen langsam, aber stetig.“ Die ökumenischen Mühlen mahlen wohl noch langsamer, dafür aber auch stetig. Das garantiert schon die eingesetzte Arbeitsgruppe. Denn Arbeitsgruppen haben es an

sich, dass sie stetig mahlen. Aber warum in aller Welt soviel Ungeduld? Schließlich dauert die Trennung von Protestanten und Katholiken nun schon 500 Jahre. Da wird man wohl noch anderthalb Jahre für eine gemeinsame Veranstaltung Zeit haben. Schon recht. Eine gemeinsame Veranstaltung soll es also werden? Das habe man schlicht und ein-

fach vor. Alles andere mache ja bei diesem Thema keinen Sinn. Wenigstens das ist keine Worthülse – oder doch auch? Und wann ist mit einem Ergebnis – Thema, Ort, Zeit – zu rechnen? Wenn die Arbeitsgruppe soweit ist. Und dann müssen noch ZdK, DEKT, EKD und Bischofskonferenz zustimmen ... ●

---

## Religionspädagogen für stärker ökumenischen Unterricht

**Leipzig** Katholische und evangelische Religionspädagogen haben sich für einen stärker ökumenisch ausgerichteten Fachunterricht ausgesprochen. „Aus theologischer Sicht ist es wünschenswert, die ökumenische Dimension im Religionsunterricht durchgehend zu berücksichtigen“, sagte die Religionspädagogin Monika Scheidler von der Technischen Universität Dresden am 20. November in Leipzig. Das diene auch der Glaubwürdigkeit der Kirchen und ihrem Interesse an religiöser Bildung. Scheidler äußerte sich beim sächsischen Religionslehrer-Tag, an dem über 300 Pädagogen teilnahmen. Die katholische Professorin betonte, es könne auch sinnvoll sein, dass religiöse Minderheiten am Religionsunterricht anderer Konfessionen teilnahmen. In Sachsen könne für die sehr geringe Zahl katholischer Schüler aus organisatorischen Gründen oft kein eigener Religionsunterricht angeboten werden. Stattdessen besuchten die Schüler den evangelischen oder den Ethik-Unterricht.

Der evangelische Religionspädagoge Roland Biewald erklärte, ökumenisches Lernen sei immer auch ein interkulturelles und interreligiöses Lernen. Dazu gehöre die Bereitschaft zur Reflexion, zum Dialog und zur Selbstfindung. Der Dresdner Wissenschaftler plädierte dafür, bestehende Modelle für einen „Kooperativen Unterricht“ von katholischen und evangelischen Religionslehrern weiterzuentwickeln. Sachsens evangelischer Landesbischof Carsten Rentzing sagte der KNA, er könne sich „einiges vorstellen hinsichtlich eines ökumenischen Religionsunterrichts, der für katholische und evangelische Schüler gemeinsam angeboten wird“. Bislang stoße dies jedoch an eine Vielzahl von staatlichen und kirchlichen Gesetzen,

die noch nicht zu überwinden seien. Rentzing verwies zudem auf die Bedeutung des Religionsunterrichts für konfessionslose Schüler: „Wir werben an den Schulen dafür und zeigen auf, wie wichtig und wertvoll es generell ist, viel über die christliche Religion zu wissen.“ Die christliche Perspektive präge die Gesellschaft weit über die Kirchen hinaus, so Rentzing. „Ich glaube, dass das, was die Christenheit der Welt zu geben hat, nicht an den Kirchenmauern endet, sondern auch allgemein menschlich gilt und einen Wert hat.“ Insgesamt gibt es im Freistaat 500 Religionslehrer, davon 68 katholische. Zudem gibt es 56 Schulen in evangelischer und 6 in katholischer Trägerschaft. ●

---

## Lammert: Einheit der Christen wird von unten kommen

**Essen** Bundestagspräsident Norbert Lammert glaubt nicht an die Fähigkeit der Amtskirchen, die Einheit der Christen wiederherzustellen. „Dieser Veränderungsprozess wird von unten kommen“, sagte er in Essen. Zwar sei Papst Franziskus' Ermunterung zu einer gemeinsamen Kommunion in konfessionell gemischten Ehen ermutigend, so Lammert bei der Tagung der katholischen akademischen Verbände im Bistum Essen. „Aber auch die Amtszeit von Päpsten ist begrenzt.“ Die Christen sollten für sich entscheiden, ob die konfessionellen Unterschiede die Teilung der Christen rechtfertigen. „Ich glaube das nicht“, so Lammert. Die katholische Kirche habe ihre während des Zweiten Vatikanischen Konzils beschlossene Selbstverpflichtung bisher nicht eingelöst, kritisierte er. ●



## Kardinal Koch: Ökumene des Blutes

**Schwäbisch Gmünd** Kurienkardinal Kurt Koch sieht im Christentum die am stärksten verfolgte Religion weltweit. In rund 25 Ländern seien Christen an Leib und Leben bedroht. Es sei ein „seltsames Phänomen“, dass dies in den Medien so gut wie nicht vorkomme, sagte der Schweizer Kardinal am 17. November in Schwäbisch Gmünd. Er sprach bei einem Kongress über Christenverfolgung. Der Kardinal kritisierte, im Bewusstsein der meisten Menschen seien Christenverfolgung und Martyrium „Themen der Vergangenheit“. Dabei habe es wohl in keinem Jahrhundert so viele Märtyrer gegeben wie im 20. Auch heute werde die Kirche wieder zur „Kirche der Märtyrer“. Als ein Beispiel nannte Koch die „satanische Terrororganisation“ Islamischer Staat (IS). Für Koch stellt sich die Frage, wie lange die politisch Verantwortlichen noch zusehen wollten, dass heute beispielsweise in Syrien und im Irak uralte Kulturen zerstört würden. Der Kardinal erinnerte dabei auch an das Schicksal der vom Islamischen Staat verfolgten Jesiden. Er betonte, Nachfolge Jesu könne für Christen auch immer das eigene Martyrium einschließen. Nach Kochs Worten besteht heute eine „Ökumene des Blutes“. Für Verfolger mache es keinen Unterschied, ob Christen etwa Katholiken, Protestanten, Anglikaner oder Orthodoxe seien. Es liege nahe, von einer „Ökumene der Märtyrer“ zu sprechen. Diese „standfesten Glaubenszeugen“ hielten die Gemeinschaft der Christen in einer tieferen Form aufrecht. Märtyrer seien „die mit Blut geschriebenen Archive der Wahrheit“. ●

## Kirchenvertreter: Ökumene zeigt sich bei der Flüchtlingshilfe

**Trier** Im gemeinsamen Einsatz für Flüchtlinge zeigt sich aus Sicht von Kirchenvertretern der Erfolg ökumenischer Bemühungen. Das Miteinander der Kirchen sei derzeit deutlich wahrnehmbar im diakonischen Bereich, sagte der katholische Trierer Generalvikar Georg Bätzing bei einem

ökumenischen Gottesdienst zum Buß- und Bettag in Trier. Sowohl Gläubige als auch kirchliche Hilfswerke wie Caritas, Diakonie, Johanniter und Malteser leisteten ihren Einsatz mit Kompetenz und Zuverlässigkeit. Der Vizepräsident der Evangelischen Kirche im Rheinland, Christoph Pistorius, hob hervor, eine Kultur der Annahme und Empathie gegenüber den Flüchtlingen sei für Christen alternativlos. „Dass uns das aufgrund der hohen Zahl der Flüchtlinge an die Grenzen des Machbaren führt, entbindet uns nicht von dem Grundsatz, Menschen in ihrer Not zu helfen und dem Gebot der Nächstenliebe zu folgen“, so Pistorius. Der evangelische Buß- und Bettag war bis 1994 ein bundesweiter gesetzlicher Feiertag. Der Gottesdienst zu diesem Anlass wird in Trier seit 1961 ökumenisch gefeiert. ●

## Ökumenischer Studienkurs zur Liturgie

**Paderborn** „Gott feiern! Liturgie katholisch – evangelisch – ökumenisch“ lautet das Thema des nächsten Ökumenischen Studienkurses der Deutschen Bischofskonferenz und der Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirche in Deutschland (VELKD). Er richtet sich an katholische und evangelische Teilnehmerinnen und Teilnehmer und findet vom 5. bis 10. Juni 2016 im Theologischen Studienseminar in Pullach statt, wie die Veranstalter ankündigten. Inhaltlich gehe es darum, Unterschiede, Gemeinsamkeiten und ökumenische Möglichkeiten im Liturgieverständnis der Kirchen zu entdecken. Geplant seien auch ein Besuch in einer „jungen Gemeinde“ in München sowie ein Gespräch mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Kardinal Reinhard Marx, und dem EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm. ●

*Informationen und Anmeldung bei Burkhard Neumann, Johann-Adam-Möhler-Institut für Ökumenik, Leostraße 19 a, 33098 Paderborn; Telefon: 05251 / 8729 808; E-Mail: b.neumann@moehlerinstitut.de.*

# „Gezielt vernichten“

## Metropolit Hilarion fordert im Parlament Tötung von Terroristen

Von Oliver Hinz

**Moskau** Beim Thema Todesstrafe sind in Russland die Religionsgemeinschaften genauso gespalten wie die Gesellschaft und die Politik. Während sich Spitzenvertreter der orthodoxen Kirche und der Muslime für ein Ende des 1999 verhängten Moratoriums zur Vollstreckung der Todesstrafe aussprechen, hält die jüdische Gemeinde dagegen. Ausgelöst hat die Debatte außer den Terroranschlägen von Paris vor allem das mutmaßliche Attentat von Dschihadisten am 31. Oktober auf ein russisches Passagierflugzeug über der ägyptischen Sinai-Halbinsel mit 224 Toten. An Bord des Airbus soll eine Bombe explodiert sein.

Der Sprecher der Föderation der jüdischen Gemeinden Russlands, Rabbi Boruch Gorin, wies die Forderung nach der Todesstrafe für Terroristen entschieden zurück: „Terroristen sind sehr oft Selbstmordattentäter. Es ist dumm, ihnen mit dem Tod zu drohen.“ Mörder könnten durch die Todesstrafe nicht gestoppt werden. Die Nummer zwei der russisch-orthodoxen Kirche, Metropolit Hilarion, sieht das ganz anders. Ihm kam am 20. November offenkundig erstmals die Ehre zuteil, vor beiden Kammern des Parlaments zu sprechen – eine zweite Premiere. Am 7. Januar hatte Patriarch Kyrill I. als erstes Kirchenoberhaupt vor der Duma gesprochen. Anlass war das orthodoxe Weihnachtsfest.

Im Namen Kyrills sprach Hilarion, Außenamtchef des Patriarchats, den Angehörigen der Opfer des Flugzeugabsturzes sein Beileid aus. Und fuhr schon im zweiten Satz fort: „Russland wurde der Krieg erklärt.“ Diesen Krieg führe die Terrormiliz, die „sich selbst Islamischer Staat“ nenne, gegen das Land. Für diese zeigte er keinerlei Erbarmen. Es gebe nur einen Weg, um mit diesen Terroristen fertig zu werden: man müsse sie „systematisch und gezielt vernichten, sie aufspüren, wo immer sie sich verstecken, und sie kollektiv und individuell

beseitigen“, denn jeder von ihnen stelle ein Gefahr für hunderte und tausende Menschenleben dar.

In der anschließenden Debatte sprachen sich auch mehrere Abgeordnete für die Wiedereinführung der Todesstrafe aus. Menschenrechtsaktivisten und der Kreml wiesen diese Forderung hingegen gegenüber russischen Medien zurück. Die Meinung von Staatspräsident Wladimir Putin habe sich nicht geändert, sagte Kreml-Sprecher Dimitri Peskow.

Hilarion betonte, es handle sich keinesfalls um „religiösen Terrorismus“. Diejenigen, die diesen Krieg entfesselt hätten, verdienten es nicht, gläubig genannt zu werden. „Sie sind Satanisten, weil sie den Willen des Teufels erfüllen“, so der Metropolit. Als wichtigste Maßnahme empfahl er, Kinder in den Schulen Achtung vor den traditionellen Religionen zu lehren. Das gipfelte in einem Appell: „Es ist Zeit, das Verständnis der Trennung der Kirche vom Staat und der Schule von der Kirche aufzugeben, wonach Religionen nicht direkt im säkularen Bildungswesen präsent sein sollten.“ Der Religionsunterricht an den Schulen müsse ausgeweitet und an staatlichen Universitäten Theologie gelehrt werden.

„Liberale Klischees“ müssten abgelehnt werden, forderte er weiter. Angst müsse man nicht vor der Religion oder dem „Klerikalismus“ haben, mit dem im Westen die Öffentlichkeit eingeschüchtert werde, sondern vor der „Ignoranz in religiösen Angelegenheiten“. Hilarion warnte davor, den Kindern die Möglichkeit zu nehmen, Religion kennenzulernen. – Das russische Verfassungsgericht hatte im November 2009 wegen internationaler Abkommen Hinrichtungen auch nach Auslaufen des Moratoriums am 1. Januar 2010 verboten. Die russische Verfassung erlaubt Hinrichtungen jedoch weiter als „außerordentliche Strafmaßnahme für besonders schwere Straftaten gegen das Leben“. ●

# Für eine zeitgemäße Erneuerung

## „Radical Orthodoxy“ – Theologie im post-ökumenischen Zeitalter

Von Barbara Hallensleben

**Fribourg** „Theologie im post-ökumenischen Zeitalter“ – mit diesem Untertitel setzt das Doktoratsprogramm DE CIVITATE HOMINIS an der Theologischen Fakultät der Universität Fribourg/Schweiz Zeichen. Dem Fribourger „Institut für Ökumenische Studien“ geht es um einen neuen theologischen Zugang zur Aufgabe der Ökumenischen Bewegung: Nicht die klassischen kontroverstheologischen Themen stehen im Vordergrund, sondern die gemeinsame Verantwortung angesichts zeitgenössischer Herausforderungen für Kirche und Theologie. Wie kann heute die „*civitas Dei*“, von der Augustinus spricht, sich als „*civitas hominis*“ bewähren, als große Hoffnung für das Gelingen der sozial verfassten Menschheit? Die vielfältigen kirchlichen Hintergründe und Verwurzelungen der Doktorandinnen und Doktoranden werden hermeneutisch reflektiert und konstruktiv als Bereicherung in den theologischen Austausch eingebracht. Über die fachspezifische Begleitung durch die verantwortlichen Doktorväter und -mütter hinaus erhalten die angehenden Forschenden Einblicke in die größere Wissenschaftsgemeinschaft, um die Einheit der Theologie zu wahren und eine kritisch-konstruktive Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Reflexionsformen des Glaubens einzuüben.

Am 13. November fand im Rahmen dieses Programms ein besonderer Studientag statt: Die Doktorand(inn)en der Theologischen Fakultät Fribourg sowie mehrerer Partnerfakultäten im In- und Ausland waren eingeladen. Über 100 junge Forschende nahmen teil – außer den Fribourger Doktorierenden auch solche der Reformierten Fakultäten in Bern, Zürich und Genf, von der „Staatsunabhängigen Theologischen Hochschule Basel“, vom Institut für höhere Studien in Orthodoxer Theologie in Chambésy bei Genf sowie größere orthodoxe Delegationen aus Moskau, von den Theologischen Fakultäten in Cluj und Bukarest in Rumänien, aus

Sofia in Bulgarien. Der Vielzahl der theologischen Traditionen entsprach die Vielstimmigkeit der Muttersprachen, neben der deutsch-französischen Prägung Fribourgs auch Englisch, Italienisch, Rumantsch, Spanisch, Katalanisch, Portugiesisch, Schwedisch, Niederländisch, Slowakisch, Ungarisch, Griechisch, Serbisch, Rumänisch, Russisch, Ukrainisch, Bulgarisch, Polnisch, Armenisch, Afrikaans, Igbo, Fon, Eton, Tsailuba, Tamil, Malagasy, Ivrit.

Dank dem Hauptreferenten des Tages, John Milbank aus Nottingham, wurde aus dieser Vielfalt keine babylonische Verwirrung, sondern ein anregender theologischer Austausch. Milbank ist der Gründer und einer der führenden Vertreter der theologischen Erneuerungsbewegung „*Radical Orthodoxy*“, die im deutschen Sprachraum noch wenig bekannt ist. Entstanden 1997 an der Divinity Faculty in Cambridge, ist sie gegenwärtig eine informelle Denkgemeinschaft aus Theologinnen und Theologen verschiedener christlicher Traditionen und verschiedener theologischer Interessen, die einige Grundannahmen und Ziele miteinander teilen, wie sie in Milbanks Vortrag exemplarisch zur Geltung kamen. Der kämpferische, provokante Ton, der „*Radical Orthodoxy*“ dem Namen nach kennzeichnet, zeigte sich bereits im ersten Satz: „Säkularisierung ist abzulehnen, denn aus dem Tod Gottes folgt notwendig der Tod des Menschen.“ Der nächste Absatz entfaltete die komplementäre These: „Das Christentum selbst ist Quelle einer positiven Säkularisierung, wenn darunter die Desakralisierung politischer Macht und Gesetzlichkeit und die neue Verknüpfung des Sakralen mit den freien Kräften des menschlichen Geistes verstanden wird“.

Dieser Denkhorizont brachte alle Mitwirkenden in ihren jeweiligen theologischen und kirchlich verwurzelten Sensibilitäten in eine Bewegung des Nach-

denkens. Es geht Milbank um nichts Geringeres als einen verantworteten Bezug zur modernen und postmodernen Welt, gründend in einer stupenden Kenntnis der gesamten Geistes- und Kulturgeschichte, die selbst Doktoratsstudierende aufs Äußerste herausforderte. Milbanks Affinität zur dominikanischen Prägung der Fribourger Fakultät wurde deutlich: „*Radical Orthodoxy*“ sieht den ambivalenten geistesgeschichtlichen Ursprung der Moderne in dem franziskanischen Denker Johannes Duns Scotus (+ 1308) und seiner Lehre von der „Univozität des Seins“. Wenn Gott in derselben Weise „ist“ wie die Welt, dann treten Schöpfer und Schöpfung, ja auch die Wirklichkeiten dieser Welt, potenziell zueinander in eine gewaltanfällige Konkurrenz. Gottes Gebote sind dem Menschen äußerlich. Glaube wird zu einem Gehorsamsgeschehen, und das Leben in dieser Welt ist durch Ethik ohne inneren Bezug zum Glauben bestimmt. Milbank plädiert demgegenüber für eine zeitgemäße Erneuerung der Analogielehre im Sinne der dominikanisch-thomistischen Tradition: Die Welt ist nur zu verstehen „als Teilhabe an Sein, Wahrheit, Güte und Einheit Gottes“, als Mitwirkung am göttlichen Handeln. Deshalb ist die Liturgie die höchste Form menschlichen Handelns. Doch „*Radical Orthodoxy*“ ist kein klassischer „Thomismus“, sondern greift in kritischer Auseinandersetzung auf Elemente der Postmoderne zurück: Die Bewegung plädiert entschieden für die Wahrheitsfähigkeit der menschlichen Vernunft und integriert zugleich die zeitgenössische Suche nach ästhetischen Formen der Wahrheitsvermittlung und nach einem sozial-politischen Engagement aus den Quellen des Glaubens.

Die Qualität des theologischen Beitrags von John Milbank erwies sich daran, dass die intensive Arbeit in Workshops nicht auf die Frage „*Radical Orthodoxy* – pro oder contra?“ verkürzt wurde. Nicht selten kamen kritische Anfragen an Milbanks Ansatz zur Geltung, doch stets im Dienst einer geschärften theologischen Argumentationsfähigkeit. Es wirkten mit: die altkatholische Professorin Angela Berlis aus Bern und ihr Oberassistent Adrian Suter; Daniel Bogner, Professor für Moraltheologie in Fribourg, zusammen mit Stefan Orth, Redakteur der Herder Korrespondenz; der emeritierte Professor der systematischen Theologie aus Lausanne

und Genf, Denis Müller; Michael Quisinsky, Privatdozent für Fundamentaltheologie; Mikhail Seleznov, Moskau; Harald Seubert, Basel/München; der Dekan der Theologischen Fakultät Fribourg, Hans-Ulrich Steymans. Der neue Ehrendoktor der Fribourger Fakultät, Denis Edwards aus Adelaide/Australien, der für seinen Entwurf einer „ökologischen Theologie“ geehrt wurde, nahm ebenfalls an den Diskussionen teil. In der Podiumsdiskussion wurden Verdienste und mögliche Schwächen eines so „ganzheitlichen“ theologischen Ansatzes wie „*Radical Orthodoxy*“ gewürdigt und in eine Aufgabenbeschreibung für theologisches Arbeiten in den verschiedenen Kontexten umgemünzt. Der Moskauer Exeget Mikhail Seleznov bezog die Impulse von „*Radical Orthodoxy*“ auch ausdrücklich auf die kirchlich-orthodoxe Welt am Beispiel der spät- und nachsowjetischen Entwicklungen in Russland. Die Aufgabe einer Inkulturation der Theologie in verschiedene Kontexte wurde lebhaft diskutiert.

Die Bilanz des Studientags war äußerst ermutigend: Die ökumenische Dynamik der Theologie kann in einer fruchtbaren Weise für das gemeinsame kreative Weiterdenken in theologischen Fragen genutzt werden und belebt das gegenseitige Verständnis der kirchlichen Traditionen. In ermutigenden Impulsen für die jungen Forschenden resümierte Milbank sein Plädoyer für eine „theologische Theologie“, die auf der Grundlage biblischer und patristischer Quellen ihren spezifischen und unverzichtbaren Beitrag zur Wissenschaftsgemeinschaft und zur öffentlichen Debatte leistet. Dabei lud er zu einem ständigen intensiven Austausch mit philosophischem Denken ein. Theologie ist nur gut als „Theologie und ...“, die sich dialogisch allen Bereichen der Weltdeutung öffnet. Zum Abschluss forderte Milbank die Doktorand(inn)en auf, in der sprachlichen Vermittlung kreativ zu bleiben: Saß vielleicht im Hörsaal ein künftiger Autor, der wie C.S. Lewis theologischen Gedanken eine literarische Gestalt zu geben weiß und damit über Jahrzehnte hinweg Millionenaufgaben erreicht, mit Übersetzungen, so zahlreich wie die Muttersprachen der Fribourger Doktorierenden? ●

*Die Autorin ist Professorin für Dogmatik in Fribourg.*



# „Ich fühle mich als Jerusalemer“

## Theophilos III., 141. griechischer Patriarch von Jerusalem

Von Andrea Krogmann

**Jerusalem** Nach einer unruhigen Zeit unter Patriarch Irinaios sollte Theophilos III. Ruhe ins griechisch-orthodoxe Patriarchat von Jerusalem bringen. Doch im israelischen Parlament sorgte die Personalie zunächst für Widerstand aus Jordanien und für hitzige Debatten. Zwei Jahre dauerte es, bis das gewählte Oberhaupt alle nötigen Zustimmungen erhielt. Zehn Jahre nach seiner Einsetzung am 22. November 2005 ist der heute 63-Jährige mit dem offiziellen Titel „Patriarch der Heiligen Stadt Jerusalem, von ganz Palästina und Syrien, der Gebiete jenseits des Jordanflusses sowie von Kana in Galiläa und dem Heiligen Zion“ ein streitbarer Teil der Jerusalemer Religionslandschaft.

Patriarch Irinaios I. stürzte über einen Skandal um undurchsichtige Landverkäufe an jüdische Investoren. Dessen Nachwirkungen ziehen sich bis heute durch die zehnjährige Amtszeit seines Nachfolgers. Denn Theophilos III. weigerte sich, die Immobiliengeschäfte von Irinaios zum Abschluss zu bringen – und zog stattdessen vor Gericht, um die letzten Amtshandlungen seines Vorgängers rückgängig zu machen. Israel revanchierte sich bei dem „Neuen“ mit der zweijährigen Weigerung der offiziellen Anerkennung.

Ganz ausbügeln konnte Theophilos III. das Misstrauen seiner Gläubigen nicht, das sein abgesetzter Vorgänger hinterließ. Als das Patriarchat 43.000 Quadratmeter Land beim Kloster Mar Elias zwischen Jerusalem und Bethlehem für rund 16 Millionen Euro an jüdische Investoren verpachtete, begründete es dies mit einer „Flucht nach vorn“: Schlimmeres wie Beschlagnahmung oder Enteignung sollten verhindert werden. Pfeifkonzerte der Gläubigen statt Weihnachtsfreude beim jährlichen Einzug nach Bethlehem waren die Folge. Transparente zeigten dem Kirchenoberhaupt, dass er und sein „Verrat“ durchaus nicht überall willkommen seien.

Die Anfangsschwierigkeiten mit den israelischen Autoritäten hat Theophilos III. überwunden. Er ist gern gesehener Gast bei offiziellen Anlässen und willkommener Redner zu Fragen des interreligiösen Miteinanders in der Heiligen Stadt. Kritik an der israelischen Haltung zu den Palästinensern oder zur christlichen Minderheit, so scheint es, überlässt er gern seinem Erzbischof Attallah Hannah, der schon mal palästinensische Selbstmordattentate lobt und bei antiisraelischen Kundgebungen im Westjordanland in erster Reihe demonstriert. „Wir haben sehr gute Beziehungen mit allen Autoritäten, mit Israel, Palästina und Jordanien“, sagt dagegen der Patriarch – und dass er sich „nicht zum Politiker“ machen lasse.

Im Umgang steht der kleingewachsene Grieche mit dem freundlichen Lächeln in deutlichem Kontrast zum nicht immer zimperlichen Umgang seines griechisch-orthodoxen Klerus mit dem Volk. Mit viel Charme und Witz nimmt er sich Zeit für Smalltalk; die heiklen Themen wischt er mit humorvollem Lachen vom Tisch. Die Spannungen zwischen Jerusalem und Antiochien? „Familienstreitigkeiten“, die aus der großen Freiheit der Orthodoxie resultierten. Vorwürfe der einheimischen Christen, das Patriarchat sei „zu griechisch“? Für den Griechen, der fließend Arabisch spricht und sich selbst als Jerusalemer bezeichnet, ein „bekanntes Problem“ – doch die eigentlichen Probleme lägen woanders.

Die christliche Szene Jerusalems schätzt den polyglotten 141. Patriarchen als zugänglich und gesprächsbereit. Mit diversen Einsätzen als Repräsentant des Patriarchats im Weltkirchenrat hat Theophilos III. ökumenische Erfahrung. Nach den teils physischen Auseinandersetzungen seines Vorgängers mit Vertretern der anderen Konfessionen um Rechte in der Grabeskirche wirkte er als versöhnender Vermittler. Dabei eckt er ökumenisch auch schon mal an: So sagte er vor dem Jerusalem-Besuch

von Franziskus, den Katholiken sei der Papst wichtiger als Christus. Und das Papstamt bezeichnete er wiederholt als das Hauptproblem der Ökumene.

Jenseits der großen Theologie sieht Theophilos III. die Ökumene im Licht der besonderen Situation

Jerusalems: sehr pragmatisch. Die Heiligen Stätten, allen voran die Grabeskirche, müssen geteilt werden. Und wenn dort simultan und ohne Diskriminierung Gottesdienste gefeiert werden, ohne dass sich die Konfessionen vermischen, dann ist das „echte Ökumene“. ●

## Altpatriarch Irinaios: Vom Spital zurück ins Strafkloster

**Jerusalem** Wieder in strenger Klosterhaft befindet sich nach einer schweren Operation der 76-jährige Altpatriarch von Jerusalem, Irinaios Skopelitis. Er war seit seiner Absetzung 2005 in einer Zelle des Patriarchats in der Jerusalemer Altstadt bei knapper Kost und katastrophalen sanitären Verhältnissen eingekerkert. Alle gesamtorthodoxen Proteste und Fürsprachen ließen seinen Nachfolger Theophilos III. ungerührt. Erst die Notwendigkeit einer Operation öffnete für Irinaios im Herbst die Zellentür. Sein Nachfolger besuchte ihn sogar im Jerusalemer Hadassa-Spital, was Hoffnungen auf eine definitive Freilassung eröffnete (*KNA-ÖKI v. 10.11.15*).

Tatsächlich wurde Irinaios direkt aus dem Krankenhaus in die Klosterhaft zurückgebracht. Nicht einmal seine Schwester Maria Chalari, die eigens aus den USA gekommen war, darf ihn weiter besuchen. Als einzige Erleichterung wurden mit dem Altpatriarchen die ebenfalls straffälligen Mönche Bartholomaios und Meletios eingeschlossen, um ihn zu pflegen. So harte Strafen waren bisher nur aus der römischen Inquisition im späten 17. Jahrhundert bekannt. Damals wurde z.B. der spanische Mystiker Miguel de Molinos (1628-96) die letzten neun Jahre seines Lebens im Kerker des Heiligen Officiums regelrecht eingemauert. ●

## Kirchen-Restaurierung und Verbrüderung auf Zypern

**Philia** Zypern gibt vor dem Hintergrund des Islamistenterrors ein weiteres Beispiel des Zusammenwachsens von Muslimen und Christen: Im seit 1974 türkisch besetzten Dorf Philia an der Demarkationslinie zur Republik Zypern im Süden wurde Mitte November die orthodoxe Kirche zum Propheten Elias nach dreijährigen Restaurierungsarbeiten wieder ihrer Bestimmung übergeben. Sie war bei der Invasion der Türkei vor 41 Jahren schwer beschädigt worden. Die Wiederherstellung des Hagios Ilias war das Werk der „Gemeinsamen Technischen Kommission für das kulturell-religiöse Erbe von Zyperngriechen und -türken“ und wurde aus EU-Mitteln finanziert. Ihr orthodoxer Vorsitzender Takis Chatzidimitriou betonte bei der Wiedereinweihung der Kirche, der Ungeist fanatischer Gewalt, der eben wieder in Paris gewütet habe, dürfe auf Zypern den frischen Geist der Verbrüderung zwischen Muslimen und Christen nicht auslöschen. Der zyperntürkische Ko-Vorsitzende Ali Tuncay äußerte die Hoffnung, dass sich

die beispielhafte Wiederannäherung auf Zypern viel stärker als alle verderblichen Gegenkräfte erweisen werde. Tuncay hat sich bereits um die Erneuerung der katholischen Maronitenkirche Saint Georges im Libanesendorf Kormakiti verdient gemacht, das sich ebenfalls unter türkischer Besatzung befindet.

Metropolit Neophytos Masuras von Morphou, der südlich der Demarkationslinie residiert, nannte die Instandsetzung der Elias-Kirche ein „leuchtendes Zeugnis“ für eine zypriotische Zukunft christlicher und weltreligiöser Ökumene der Muslime des politisch noch immer geteilten Inselstaats mit Griechisch-Orthodoxen, Armeniern, Maroniten, Katholiken und evangelischen Christen. – Philia, türkisch *Serhatköy*, ist übrigens der wichtigste von 19 Fundplätzen der frühesten bronzezeitlichen Kultur auf Zypern zwischen 2500 und 2000 v. Chr. In dieser „Philia“-Kultur begann der Kupferabbau, der bald auch der ganzen Insel (*kypros* = Kupfer) ihren Namen gab. ●

## Bartholomaios will in Bulgarien alte Wunden heilen

**Istanbul/Sofia** Im Vorfeld des Pan-orthodoxen Konzils von 2016 zeigt sich der Ökumenische Patriarch Bartholomaios I. bemüht, möglichst viele Differenzen zwischen den Ostkirchen auszuräumen. Sein jüngster Besuch in Sofia galt in erster Linie dem dornigen Thema der im Ersten Weltkrieg von den Bulgaren ausgeplünderten Klöster unter Jurisdiktion Konstantinopels: 1917/18 hatten die bulgarischen Truppen vor ihrem Rückzug aus Mazedonien dort aus einer Reihe von Abteien die Handschriften, Ikonen und wertvollen Kirchengeräte mitgenommen.

Es handelte sich vor allem um Hagios Prodomos bei Serres und Eikosiphoinissa im Pangaios-Gebirge. Eine der Begründungen für den Raub war, dass Konstantinopel damals die Bulgarische Orthodoxe Kirche noch nicht anerkannte. Sie beanspruchte diese Klöster für sich.

Bis heute, fast 55 Jahre seit der Aussöhnung zwischen dem Phanar und Sofia, ist die heikle Frage einer Rückgabe oder zumindest Teilung dieser sakralen Kulturgüter offengeblieben. Der jetzige Vorstoß von Bartholomaios in Bulgarien wurde von dessen Präsidenten Rozen Plevnielev wohlwollend

aufgenommen, von der Regierung in Sofia jedoch scharf zurückgewiesen. Bulgarische Kirchenkreise haben unterschiedlich reagiert.

Vorgeschlagen wurde auch eine künftig gemeinsame Jurisdiktion des Ökumenischen Patriarchen und der Kirche von Bulgarien über Hagios Prodomos und die Eikosiphoinissa bei Drama. Dann könnten alle Klosterschätze zurückkehren. So geschah es schon beim bulgarischen Athoskloster Zograf, für das eine solche doppelte kirchliche Zuständigkeit gilt: Auch der berühmte altslawische „Kodex von Zograf“ ist aus der Bulgarischen Nationalbibliothek in sein Ursprungskloster zurückgekehrt.

Mit seiner Intervention in Sofia wollte Bartholomaios I. auch die Zugehörigkeit der nordgriechischen Diözesen um diese Klöster zu seinem Patriarchat hervorheben: Sie stehen seit den 1920er Jahren unter Administration der Orthodoxen Kirche von Griechenland, wurden aber nie ganz an diese abgetreten. Heute unterstreicht der Phanar wieder ganz gezielt seine alten Kirchenrechte über mehr als die Hälfte von Griechenlands Staatsgebiet. ●

---

## Erstmals orthodoxe Vesper im Kölner Dom

**Köln** Aus Anlass der Herbstvollversammlung der Orthodoxen Bischofskonferenz in Deutschland (OBKD) vom 27. bis 29. November in Köln findet am 27. November um 17 Uhr ein orthodoxer Vespertagesdienst im Chor des Hohen Doms zu Köln statt. Die Feier endet mit einer Verehrung der Gebeine der Magier und der Märtyrer, die im so genannten „Dreikönigenschrein“ ruhen, kündigte die OBKD an. Die Predigt bei der Vesper werde der serbisch-orthodoxe Bischof Sergije von Frankfurt und ganz Deutschland halten.

Nach Angaben der Bischofskonferenz handelt es sich um das erste Mal in der Geschichte, dass in der

weltberühmten römisch-katholischen Kathedrale der Domstadt ein orthodoxer Gottesdienst gefeiert werden könne. Der Hochaltar des Doms, der am 27. September 1322 geweiht wurde, befindet sich an der historischen Stelle, an der sich mit Sicherheit bereits seit den ersten Jahrhunderten die Christen Kölns zum Gottesdienst versammelt hätten.

Die OBKD hat zu dem Gottesdienst „alle orthodoxen Gemeinden an Rhein und Ruhr wie darüber hinaus“ besonders eingeladen: „Es wäre ein beeindruckendes Zeichen unserer Präsenz in diesem Lande, wenn zahlreiche Gläubige daran teilnehmen würden!“ ●

# Das hat mich zornig gemacht

## Theologin von Kellenbach über ihre Spurensuche nach Regina Jonas

Von Rocco Thiede

**Vor 80 Jahren wurde zum ersten Mal eine Frau zur Rabbinerin ordiniert, Regina Jonas. Aus diesem Anlass fand an der Universität Potsdam, in der Potsdamer St. Nikolaikirche und im Berliner Centrum Judaicum eine internationale Konferenz „The Role of Women’s Leadership in Faith Communities“ statt, veranstaltet vom Abraham Geiger Kolleg und der School of Jewish Theology. Im Interview von KNA-ÖKI erläutert die aus Stuttgart stammende und seit vielen Jahren in den USA lehrende evangelische Theologin Katharina von Kellenbach ihren Zugang zu Jonas.**

**KNA** *Frau von Kellenbach, Sie sind Professorin für Religionsstudien am St. Mary’s College of Maryland und haben vor drei Jahrzehnten zum ersten Mal von Regina Jonas in den USA gehört?*

**von Kellenbach** Es war an meinem ersten Studientag an der Temple University in Philadelphia. Ich hatte an der Kirchlichen Hochschule in Westberlin Theologie studiert und ging für ein Austauschjahr in die USA. Ich stellte mich dort als Theologiestudentin vor, die Pfarrerin werden möchte, und meine Nachbarin Joana Katz meinte, sie sei ebenfalls Theologiestudentin und wolle Rabbinerin werden.

**KNA** *Das hat sie damals verwundert?*

**von Kellenbach** Absolut, denn ich antwortete ihr, dass es keine Rabbinerinnen gibt – nur Rabbis. Das sei also nicht möglich. Sie antwortete, ich würde die deutsche Geschichte nicht kennen, denn die erste Rabbinerin, die erste Frau weltweit sei in Berlin in den 1930er Jahren ordiniert worden.

**KNA** *Damit änderte sich auch ihr Forschungsvorhaben?*

**von Kellenbach** Damit begannen meine Aktivitäten im jüdisch-christlichen Dialog. Einerseits habe ich meine Dissertation über „Antijudaismus in der

feministischen Theologie“ geschrieben, weil ich verstehen wollte, warum ich mir so sicher war, dass das Judentum keine Frauen ordinieren kann, aber das Christentum progressiv ist, sich ändern und der Zeit anpassen kann. Ich war bis dahin der Meinung, dass das Judentum patriarchalisch, altertümlich und rückständig sei. Andererseits fand ich es merkwürdig, dass an der Uni in den USA alle die Geschichte von Regina Jonas kannten, nur ich nicht, die in Deutschland aufgewachsen war.

**KNA** *Wie ging es nach ihrer Dissertation weiter?*  
**von Kellenbach** Nach Abschluss meiner Dissertation 1990 habe ich in der *Encyclopedia Judaica* den

### Zur Person: Regina Jonas

Am 27. Dezember 1935 wurde der Berliner Regina Jonas vom Offenbacher Rabbiner Max Dienemann, dem Geschäftsführer des Liberalen Rabbiner Verbands, nach ihrem Diplom und bestandener Prüfung bescheinigt, dass sie „fähig ist, Fragen der Halacha zu beantworten, und dass sie dazu geeignet ist, das rabbinische Amt zu bekleiden“. Jonas wurde 1902 als Tochter eines orthodoxen jüdischen Hausierers im Berliner Scheunenviertel geboren und verbrachte ihre Kindheit und Jugend unter sehr ärmlichen Verhältnissen. Schon als Kind hatte sie einen starken Willen nach Bildung. Ab 1924 konnte sie an der liberalen Hochschule für die Wissenschaft des Judentums studieren. Während der Nazidiktatur und des Zweiten Weltkriegs sprach sie in ihren Predigten mit beispielloser Hingabe den verfolgten deutschen Juden Mut zu. 1942 wurde Regina Jonas nach Theresienstadt deportiert und zwei Jahre später, am 12. Dezember 1944, in Auschwitz ermordet. ●



Eintrag zu Regina Jonas gesucht. Aber ich stellte fest, dass es einen solchen gar nicht gab. Auch weiterführende Literatur fehlte. Hier und da gab es Artikel, in denen sie erwähnt wurde, zum Beispiel in der deutsch-jüdischen Zeitung „Aufbau“. Das hat mich zornig gemacht, weil ich nicht verstehen konnte, dass eine solche Frau völlig übersehen wurde. Dass ihre Geschichte nicht mehr bekannt war, ist ein Ergebnis des Holocaust. Von vielen der sechs Millionen ermordeten Juden ist die Erinnerung verlorengegangen. Regina Jonas war nicht verheiratet und hatte keine Kinder, so gab es niemanden aus ihrer Familie, der etwas hätte aufzeichnen können. Für mich war es ein Teil der Wiedergutmachung, ihre Spuren zu finden und der jüdischen Gemeinde im In- und Ausland wieder zugänglich zu machen.

**KNA** *Wie gingen Sie dabei vor?*

**von Kellenbach** Ich habe Professoren in Cincinnati angeschrieben und eine Annonce in den „Aufbau“ gesetzt. Daraufhin erhielt ich Briefe von Menschen, die als Kinder noch Schüler von Regina Jonas waren. Viele sagten mir, es gebe nicht mehr viel – keinen Nachlass, keine Bestände. Im Leo Baeck Archiv oder im Graz-College Archiv war tatsächlich nichts. 1991 ging ich in Berlin zur Neuen Synagoge, dort riet mir Hermann Simon, im Archiv in Coswig nachzufragen, und dort wurde ich fündig. Ebenso wie in Theresienstadt, wo ich eine lange Liste mit Predigten von Regina Jonas fand.

**KNA** *Und sie lernten in dieser Zeit Elisa Klapheck kennen ...*

**von Kellenbach** Ich schrieb einige Artikel, und Elisa Klapheck kam auf mich zu und wollte die halachische Arbeit von Regina Jonas redigieren. Ich habe mich immer als Außenseiterin gefühlt, da ich nicht Jüdin bin und keine Ausbildung im jüdischen Recht, der Halacha, habe. Deshalb fühlte ich mich letztlich nicht als Autorität, um diese Arbeit zu machen, und war sehr froh, dass Rabbinerin Klapheck in Zusammenarbeit mit mir diese Forschungen fortsetzte.

**KNA** *Welche Auswirkungen hat die Auseinandersetzung mit Regina Jonas bis heute?*

**von Kellenbach** Für mich ist diese interreligiöse Arbeit bis heute sehr wichtig. In den USA ist es selbstverständlicher als hier in Deutschland, dass sich feministische Theologinnen gegenseitig unterstützen. Sie arbeiten eng zusammen. Rückblickend habe ich Regina Jonas im Vergleich zu den evangelischen und katholischen Frauen gesehen, die nach 1904 an die für sie geöffneten Universitäten kamen und evangelische, katholische und jüdische Theologie studierten. Die Männer stellten sich damals die Frage, was machen wir mit ihren Qualifikationen? Bei der evangelischen Kirche gründete man das Vikariat, oder es wurden Pfarrgehilfinnen eingestellt. In der katholischen Kirche gingen die Frauen ins Lehramt oder zur Caritas. Aber Regina Jonas war nicht mit jüdischen Feministinnen vernetzt und erhielt auch von nicht-jüdischen Frauen keine Hilfestellung – auch nicht, als die Situation in Berlin sich katastrophal verschlechterte.

**KNA** *Und welche Lehren ziehen sie daraus?*

**von Kellenbach** Eine der Lektionen dieser Geschichte ist es, dass wir heute vieles anders machen und uns über die Grenzen der Glaubensgemeinschaften hinweg gegenseitig unterstützen können. Wir können die jüdisch-christliche Kooperation nicht nur bekunden, sondern sie aktiv leben. ●

---

## Papst besucht im Januar 2016 römische Synagoge

**Vatikanstadt** Papst Franziskus besucht am 17. Januar die Synagoge Roms. Er folge damit einer Einladung von Oberrabbiner Riccardo Di Segni und der jüdischen Gemeinde Roms, teilte der Vatikan mit. Es handelt sich um den dritten Besuch eines Papstes in dem jüdischen Gebetshaus am linken Tiber-Ufer. 1986 hatte Johannes Paul II. die Synagoge aufgesucht, Benedikt XVI. im Jahr 2010. Geplant sei eine „persönliche Begegnung des Papstes mit den Vertretern des Judentums und den Mitgliedern der Gemeinde“, heißt es in der Mitteilung aus dem Vatikan. Ein genaues Programm soll zu einem späteren Zeitpunkt vorgelegt werden. Der Besuch sei bereits seit längerem geplant. ●

## **Polizei will Moscheen in Anti-Terror-Kampf einbeziehen**

**Berlin** Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) setzt im Kampf gegen Terrorismus und eine Radikalisierung junger Muslime auch auf die Moscheen. „Imame und das seelsorgerische Personal in Moscheegemeinden müssen ihren religiösen Einfluss ausüben und insbesondere junge Menschen gegenüber Rekrutierungsversuchen der Islamisten immun machen“, sagte der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Jörg Radek in Berlin. Das Engagement der Muslime sei von größter Bedeutung, so Radek. Auch in Deutschland müsse es gelingen, einmütig der religiösen Zulässigkeit von Selbstmordattentaten zu widersprechen und die Heilserwartungen und Belohnungen im Paradies für Mord und Totschlag als unislamisch zu brandmarken. Radek begrüßte zugleich die Zusage der großen Islamverbände in Deutschland, sich nach der Terrorserie von Paris stärker gegen eine Radikalisierung junger Muslime einzusetzen. In Frankreich wollen in dieser Woche bei den Freitagsgebeten die Imame in den Moscheen dem Terror eine Absage erteilen. ●

## **Khorchide: Verbände haben wichtige Funktion bei Integration**

**Berlin** Nach Ansicht des Münsteraner Islamwissenschaftlers Mouhanad Khorchide spielen die muslimischen Verbände in Deutschland eine wichtige Rolle bei der Integration von Flüchtlingen. Er sehe nur, dass bei vielen Verbänden die notwendigen Ressourcen dafür fehlten, weil die meisten Mitglieder dort ehrenamtlich arbeiteten, meinte Khorchide in Berlin. Er äußerte sich bei einer Buchvorstellung. Zugleich betonte er, dass er auch Erwartungen an die Verbände habe. Sie müssten sich gerade nach den Anschlägen in Paris „unmissverständlich“ äußern. Dabei denke er nicht nur an politische Statements. Die Verbände müssten stärker nach innen wirken und in ihren Gemeinden mehr über theologische Grundlagen diskutieren, forderte Khorchide. Dies müsse etwa

mit Blick auf das Thema Gewalt und Islam passieren. Für ein Problem halte er einen verbreiteten Exklusivismus in Teilen des Islam, nach dem alle Nicht-Muslime verdammt seien. In Deutschland wünsche er sich eine Wertedebatte. Es sei wichtig, den Flüchtlingen von Beginn an zu vermitteln, dass es hier Werte wie Säkularität und Geschlechtergleichheit gebe, die „nicht verhandelbar sind“, betonte der Wissenschaftler. Zu seinen persönlichen Erfahrungen mit Flüchtlingen sagte er, es hätten bereits „nicht wenige“ bei ihm angefragt, die gerne ein Studium aufnehmen wollten. Dies finde er sehr ermutigend. ●

## **Mazyek: Muslime Partner im Kampf gegen Extremisten**

**Köln** Nach den Terroranschlägen von Paris hat der Vorsitzende des Zentralrats der Muslime in Deutschland, Aiman Mazyek, die muslimischen Verbände in Deutschland aufgefordert, auch unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Dabei gehe es unter anderem um notwendige Verbesserungen bei der Präventionsarbeit innerhalb der muslimischen Community, sagte Mazyek in der WDR-Hörfunksendung „Morgenecho“ in Köln. Zugleich müssten die Verbände auch gesamtgesellschaftlich Verantwortung übernehmen. In der Vergangenheit sei wiederholt der Fehler gemacht worden, dass Muslime im Kampf gegen den Terror nicht als Partner verstanden worden seien, kritisierte Mazyek. Dies müsse sich ändern. „Es ist fünf nach zwölf“, betonte er. Präventionsarbeit müsse vor allem auf lokaler Ebene mit den Moschee-Gemeinden geleistet werden. Dafür sei es nötig, einen häufig herrschenden Generalverdacht zu überwinden. Mit Blick auf Paris betonte Mazyek, das Ziel der Terroristen sei die Spaltung der Gesellschaft gewesen. Dem müsse man nun etwas entgegensetzen. Aufgabe der Muslime sei es nicht, sich von den Terroristen zu distanzieren, da zuvor auch keine Nähe zu ihnen bestanden habe. Vielmehr müssten Muslime ihre Verachtung der Taten zum Ausdruck bringen. Mit den Anschlägen hätten die Täter den islamischen Glauben direkt angegriffen. ●

## **Liberale Muslime für offenere Islam-Debatte**

**Bendorf** Der Liberal-Islamische Bund (LIB) spricht sich nach den Terroranschlägen von Paris für eine offenere Islam-Debatte aus. „Wir brauchen innerislamisch eine offene Denk- und Diskussionskultur“, heißt es in einer Erklärung des Verbands mit Sitz in Bendorf bei Koblenz. Nach den Anschlägen reiche es nicht mehr aus, sich zu distanzieren und publikumswirksame Aktionen zu starten, denn das bedeute nur zu reagieren. Stattdessen sei es notwendig, „nicht nur gesellschaftlich, sondern auch theologisch ein klares Profil zu zeigen, das allen nachdenkenden Menschen signalisiert, dass die Richtung des IS nicht mit dem Islam vereinbar ist“. Die liberalen Musliminnen und Muslime bemühten sich schon länger um eine offene Debatte, heißt es weiter. „Wir fordern alle Musliminnen und Muslime auf, über alle Differenzen hinweg, sich diesen Diskussionen zu stellen und Lösungswege zu suchen.“ Angesichts der Anschläge in Paris seien die Mitglieder „betroffen, schockiert und gleichzeitig empört“, schreibt der LIB. Empört sei man vor allem deshalb, weil hier Menschen, die „angeblich im Namen unserer Religion handeln, in Wirklichkeit auch Krieg gegen unsere Religion und unser Islamverständnis führen“. Der 2010 gegründete LIB vertritt nach eigenen Angaben ein pluralistisches Gesellschaftsbild und bekennt sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Zudem spricht er sich für ein „freiheitliches progressives Islamverständnis“ aus sowie für den intensiven Dialog mit christlichen und jüdischen Gemeinden. Er versteht sich nicht als „Gegenbewegung, sondern als Erweiterung“ zu den meist traditionell-konservativen Islamverbänden in Deutschland. Vorsitzende ist die Islamwissenschaftlerin Lamya Kaddor. ●

## **Theologe fordert breitere Debatte über Gewalt und Islam**

**Bonn/Frankfurt** Der katholische Theologe Timo Güzelmansur sieht muslimische Gelehrte in der Pflicht, die historischen Zusammenhänge von Islam und Gewalt zu klären. Es sei „dringend ge-

boten, sich mit den koranischen Stellen und mit der islamischen Tradition zu beschäftigen, die zur Gewalt aufrufen“, sagte Güzelmansur der KNA. „Mit der Wiederholung des Mantras ‚Islam bedeutet Frieden‘ kommen wir nicht weiter.“ Zugleich warnte der Leiter der Christlich-Islamischen Begegnungs- und Dokumentationsstelle (CIBEDO) in Frankfurt davor, die „muslimischen Mitbürger und Gesprächspartner“ für die islamistischen Anschläge in Paris haftbar zu machen. „Allerdings darf die Frage an die muslimischen Verbände und Organisationen erlaubt sein, wie sie ihre Beziehungen zu den Herkunftsländern sehen, die sich nicht eindeutig von den Terroristen des sogenannten Islamischen Staates distanzieren, ja diese gar unterstützen.“ CIBEDO ist eine Arbeitsstelle der Deutschen Bischofskonferenz und seit mehr als 30 Jahren im Dialog zwischen Katholiken und Muslimen aktiv. Auch das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) will in seinem Gesprächskreis Christen-Muslime die Auseinandersetzung mit dem Verhältnis von Islam und Gewalt intensivieren. Auf dem vom ZdK organisierten 100. Katholikentag im kommenden Jahr in Leipzig werde das Thema eine wichtige Rolle spielen, kündigte ZdK-Sprecher Theodor Bolzenius auf Anfrage an. Zum Dialog gebe es keine Alternative. Schwierig sei allerdings, das Umfeld zu erreichen, in dem sich gerade junge Menschen radikalisierten. „Darauf haben wir noch keine Antwort.“ ●

## **Zentralrat der Juden: Propaganda der Terroristen nicht nachgeben**

**Berlin** Der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, hat davor gewarnt, der Propaganda der Terroristen nachzugeben. Ebenso wenig, wie die Gesellschaft sich ihre Freiheit nehmen lassen dürfe, dürften sich die Religionen gegeneinander aufhetzen lassen, betonte Schuster in einem Beitrag für die „Jüdische Allgemeine“. „Wir müssen zwischen den Muslimen und den islamistischen Terroristen unterscheiden. Gerade die Flüchtlinge dürfen wir nicht unter Generalverdacht stellen.“ ●

**Thomas Sternberg** (63), Münsteraner Theologe und Politiker, ist neuer Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). Er löst **Alois Glück** (75) an der Spitze des höchsten Gremiums der katholischen Laien in Deutschland ab, der sein Amt wie angekündigt nach sechs Jahren niedergelegt hat. Sternberg setzte sich bei der Wahl gegen die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundeslandwirtschaftsministerium, **Maria Flachsbarth** (CDU), durch. Er ist seit 2005 CDU-Abgeordneter im nordrhein-westfälischen Landtag. Außerdem leitet er seit 1988 in Münster die Katholisch-Soziale Akademie Franz Hitze Haus. An der Universität Münster ist er zudem Honorarprofessor für Kunst

und Liturgie. Sternberg stammt aus dem sauerländischen Lennestadt-Grevenbrück.

**Rudolf von Thadden**, emeritierter Historiker, ist am 18. November im Alter von 83 Jahren in Göttingen gestorben. Von 1966 bis 1974 war er Mitglied und seit 1984 Ehrenmitglied im Präsidium des Deutschen Evangelischen Kirchentags. Als Sohn des Kirchentagsgründers Reinhold von Thadden-Trieglaff trat Rudolf von Thadden engagiert für die Gründungsidee des Kirchentags ein, Verantwortung für die Gesellschaft zu verbinden mit einer kritisch-konstruktiven Haltung gegenüber der verfassten Kirche. ●

## Leser werben Leser:

# Machen Sie mit!

### Schnupperabonnement 6 Ausgaben zum Preis von 4:

Ja! Ich bestelle die „Ökumenische Information“ zum Sonderpreis von mtl. 31,91 Euro\* (statt 47,87 Euro\*). Kündige ich das Abo nicht spätestens nach Erhalt des vierten Heftes, verlängert es sich zu den regulären Konditionen (mtl. 31,91 Euro\*).

### Jahresabonnement zum Vorzugspreis:

Ja! Ich abonniere die „Ökumenische Information“ (48 Ausgaben) zunächst für 12 Monate zum Sonderpreis von mtl. 24,90 Euro\* (statt 31,91 Euro\*). Das Abonnement verlängert sich automatisch nach Ablauf des Jahres zu den regulären Abo-Preisen (vgl. Jahresabo).

als gedrucktes Heft

in elektronischer Form als pdf.-Datei  
(Sie sparen noch mal 13,20 Euro im Jahr!)  
Bitte notieren Sie unten Ihre E-Mail-Adresse

Institution \_\_\_\_\_

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Unterschrift des Abonnenten \_\_\_\_\_

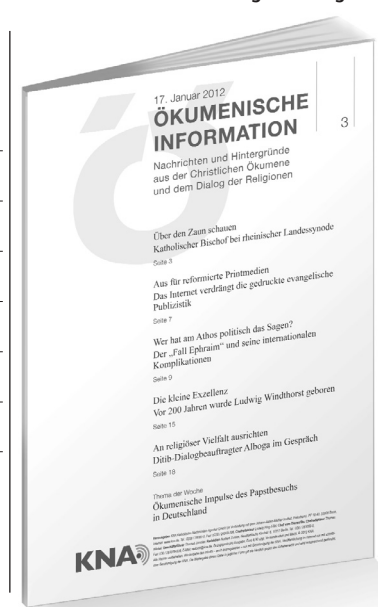
\* Alle Preise inkl. Porto und MwSt. (im Inland).  
Die Kündigungsfrist beträgt 3 Monate zum Abonnement-Ablauf.

#### Rechtliche Garantie:

Diese Bestellung kann ich innerhalb von zwei Wochen nach Absendung widerrufen bei: Katholische Nachrichten-Agentur GmbH, Heinrich-Brüning-Str. 9, 53113 Bonn.

Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung.

### Der aktuelle Wochendienst informiert: Zur Ökumene und den Dialog der Religionen



## Ihre Prämie!

Ihre Empfehlung ist uns etwas wert.

Für jeden durch Sie gewonnenen Leser erhalten Sie einen Geschenk-Gutschein im Wert von 50,- Euro von **Vivat!** Christliche Bücher & Geschenke.

Ich habe den neuen Abonnenten geworben.

Bitte schicken Sie mir die Prämie, sobald der nebenstehende Leser die Jahresrechnung bezahlt hat.

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Straße \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift des Vermittlers \_\_\_\_\_

Bitte gut lesbar ausfüllen und absenden an:

KNA Leserservice, Ökumenische Information  
Heinrich-Brüning-Str. 9, 53113 Bonn  
Fax: 0228 26000-185, Tel.: 0228 26000-252  
www.kna.de



# Sinn des Primats verdunkelt

## Kommuniqué des orthodox-katholischen Arbeitskreises St. Irenäus

Die 12. Jahrestagung des Gemeinsamen orthodox-katholischen Arbeitskreises St. Irenäus fand vom 4. bis 8. November 2015 in der historisch bedeutsamen Theologischen Schule des Ökumenischen Patriarchats auf der Insel Chalki (Heybeliada, Türkei) statt, die im dortigen Kloster zur Heiligen Dreifaltigkeit ihren Sitz hat. Die Tagung stand unter der Leitung des orthodoxen Ko-Präsidenten des Arbeitskreises, Erzbischof Job (Getcha) von Telmessos, und des katholischen Ko-Präsidenten, Bischof Gerhard Feige von Magdeburg.

Bei der Eröffnungssitzung am Mittwochabend, 4. November, traf der Arbeitskreis mit dem Abt des Klosters, Metropolit Elpidophoros (Lambriniadis), zusammen. Während der Tagung nahmen die Mitglieder des Arbeitskreises an der Tagzeitenliturgie der Mönche teil. Am Sonntag besuchten die Teilnehmer die Göttliche Liturgie in der Georgskathedrale im Phanar und wurden im Anschluss daran im Zentrum des Ökumenischen Patriarchats herzlich empfangen.

Die Beiträge der diesjährigen Tagung befassten sich mit der Entstehung der Nationalkirchen in der Orthodoxie im 19. Jahrhundert, mit der Idee der *communio/koinonia* und ihrer ökumenischen Tragweite sowie mit dem Verständnis von Autorität in der Kirche. Außerdem wurde intensiv an einem Textentwurf weitergearbeitet, der einen prägnanten Überblick über das, was der Arbeitskreis in den Jahren seiner Tätigkeit erreicht hat, geben soll. Die Ergebnisse der diesjährigen Jahrestagung wurden von den Mitgliedern in den folgenden Thesen zusammengefasst:

### Thesen zur Entstehung von Nationalkirchen in Südosteuropa im 19. Jahrhundert:

(1) Im Unterschied zu den altkirchlichen Patriarchaten und der Kirche von Russland ist die Bildung

von autokephalen Nationalkirchen in Südosteuropa eng mit der Gründung von Nationalstaaten im 19. Jahrhundert verbunden. Dabei spielen ganz unterschiedliche Faktoren und deren Vernetzung eine Rolle, etwa Territorium, Nation, Staat, Politik, Sprache. Ihre ekklesiologische Relevanz bedarf noch einer genauen Klärung. Die Nationalkirchen sollten die Nationalstaaten beim Aufbau und der Festigung ihrer nationalen Identität unterstützen.

(2) Die Bildung von autokephalen Nationalkirchen in Südosteuropa (Griechen, Serben, Rumänen, Bulgaren) hat sich unterschiedlich vollzogen, auch wenn es einige gemeinsame Züge gibt: Die meisten südosteuropäischen Nationen lebten in verschiedenen Staaten, sodass zum Teil mehrere Kirchenstrukturen für eine Nation entstanden. Die Regierungen der neu entstandenen Nationalstaaten förderten die Entstehung von autokephalen Kirchen auf ihren Territorien, was zu Diskussionen über die Zugehörigkeit der Kirche im neuen Staat zum Patriarchat von Konstantinopel führte. Bei den Bulgaren hingegen gab es einen gewissen Sonderweg: Hier ging die Entwicklung zur kirchlichen Unabhängigkeit (Errichtung des bulgarischen Exarchats durch den Sultan) der staatlichen Selbstständigkeit voraus.

(3) Hinsichtlich der Anerkennung der Autokephalien durch das Patriarchat von Konstantinopel ist zu beachten, dass alle neu entstandenen Kirchen vorher zur Jurisdiktion des Ökumenischen Patriarchats gehört hatten. Nach der völligen Unabhängigkeit der neuen Nationalstaaten erkannte auch das Ökumenische Patriarchat die Autokephalie der Nationalkirchen, die von diesen bereits vorher proklamiert worden war, auf der Grundlage des territorial-kanonischen Prinzips an. Auf das Unabhängigkeitsstreben der Bulgaren reagierte der Ökumenische Patriarch zusammen mit den Patriarchen von Alexandrien und Antiochien mit der Verurteilung des Ethnophyletismus auf einer Syn-

ode in Konstantinopel 1872; sie lehnten eine eigene Jurisdiktion für die orthodoxen Bulgaren innerhalb des Osmanischen Reiches ab, weil dadurch das ethnische Prinzip über das Territorialprinzip gestellt würde; dies führte zu einem Schisma, das erst nach dem Zweiten Weltkrieg überwunden werden konnte.

(4) All dies trug dazu bei, dass sich das Verständnis von Autokephalie im Laufe des 19. Jahrhunderts veränderte: Sie wurde nicht mehr als eine Frage der inneren Kirchenordnung betrachtet, sondern wurde zu einem Merkmal der äußeren Unabhängigkeit vom Ökumenischen Patriarchat. Kirchliche Autokephalie wurde als eine Parallele zur staatlichen Souveränität verstanden. Eine Folge dieser Entwicklung war die Vermischung des ethnischen und des territorialen Prinzips der Kirchenorganisation, die zu einem Problem wurde, weil die Grenzen der Nationen und die Grenzen der Staaten nicht immer zusammenfielen.

#### **Thesen zum Verständnis von *communio*/*koinonia*:**

(5) Die Wirklichkeit der Kirche als Teilhabe an Christus durch den Heiligen Geist erscheint ganz im Licht des eucharistischen Mysteriums. Die *koinonia* der Kirche gründet auf der Verkündigung des Evangeliums und dem darin enthaltenen Bekenntnis des apostolischen Glaubens, der durch das kirchliche Amt in Wort und Sakrament gestärkt wird. Die Feier der Eucharistie ist das wichtigste Ereignis, in dem die *koinonia* der Kirche erfahrbar wird.

(6) Sakramentale Gemeinschaft setzt grundsätzlich Einheit im Glauben voraus. Jedoch muss der Umfang dieser Einheit im Glauben genau geklärt werden. Das gilt innerhalb einer jeden unserer Kirchen, wo es um die Frage nach der Beziehung zwischen dem Glauben der Kirche und dem Glauben des Einzelnen geht, und es gilt zwischen unseren Kirchen, die ebenfalls Kriterien dafür brauchen, was für die gemeinsame Feier der Eucharistie unbedingt erforderlich ist.

(7) Das Verständnis der Kirche als der in Christus, der im Wort und in der Eucharistie gegenwärtig ist, und im Heiligen Geist versammelten Gemeinde der Gläubigen erfordert und setzt stets die Gemeinschaft mit allen anderen Ortskirchen unter der Leitung eines Bischofs voraus. Jede Eucharistie feiernde Gemeinde unter dem Dienstant des Bischofs weiß sich in die *koinonia* der ganzen Kirche eingebunden und empfängt von dort ihre Zugehörigkeit zu dieser umfassenden Gemeinschaft.

(8) Die Anerkennung der vollständigen Wirklichkeit des eucharistischen Mysteriums ist die Grundlage für die gegenseitige Anerkennung der Kirchen als Kirche Jesu Christi. Aus katholischer Sicht hängt der ekklesiale Status anderer Kirchen davon ab, inwieweit die Sakramentalität in diesen Kirchen verwirklicht ist. In der Orthodoxen Kirche gibt es eine – historisch gewachsene – unterschiedliche Praxis hinsichtlich der Anerkennung der Kirche-Seins und der Gültigkeit der Sakramente bei den Nichtorthodoxen, über die es bislang keinen Konsens zwischen den verschiedenen orthodoxen Lokalkirchen gibt.

#### **Thesen zur Bedeutung von Autorität in der Kirche:**

(9) Wie in jeder menschlichen Gemeinschaft gibt es auch in der Kirche die Phänomene von Autorität und Macht. Autorität hat mit dem Einfluss einer Person oder Institution zu tun, der auf Tradition oder Kompetenz und dem daraus erwachsenen Ansehen beruht. Macht hingegen hängt mit der Möglichkeit zusammen, bestimmte Verfahren und Mittel einzusetzen, um über andere zu bestimmen.

(10) Autorität und Macht werden in der Heiligen Schrift auf verschiedene Weise beschrieben. So gibt es in der Kirche Personen mit unterschiedlichen Gaben, die in verschiedenen Bereichen Autorität erhalten und ausüben, wie Eph 4,11 zeigt: „Und er gab den einen das Apostelamt, andere setzte er als Propheten ein, andere als Evangelisten, andere als Hirten und Lehrer“. Daran zeigt sich, dass Autorität in der Kirche immer in eine Gemeinschaft eingebun-

den ist. Autorität und Macht sind aufeinander verwiesen, auch wenn es in der Kirche Fälle von geistlicher Autorität gibt, die nicht mit einem kirchlichen Amt verbunden sind. Das zeigen Heilige wie etwa Starez Siluan vom Berg Athos oder Mutter Teresa.

(11) Gemeinsam sind wir der Überzeugung, dass jede Ausübung von Macht in der Kirche nach dem Vorbild des gekreuzigten Christus als ein Dienst und nicht als Herrschaft zu verstehen ist (vgl. Mk 10,42-45 par; Joh 13,1-17). Dies gilt auch für die Ausübung des Primats auf den verschiedenen Ebenen. Die Mittel, die den Inhabern eines Primats dafür zur Verfügung stehen, dürfen nur in diesem Sinne verwendet werden. Wir bedauern, dass trotz der Betonung von Kategorien wie Dienst, Charisma oder Liebe durch Amtsträger bei manchen von ihnen der Aspekt der eigenen Macht im Vor-

dergrund steht, sodass der wahre Sinn des Primats verdunkelt wird. Eine Rechenschaftspflicht würde die gegenseitige Beziehung von Primas und Gemeinschaft hervorheben.

Dem Gemeinsamen orthodox-katholischen Arbeitskreis St. Irenäus gehören 26 Theologen, 13 Orthodoxe und 13 Katholiken, aus mehreren europäischen Ländern und den USA an. Er wurde 2004 in Paderborn (Deutschland) gegründet und hat sich seither in Athen (Griechenland), Chevetogne (Belgien), Belgrad (Serbien), Wien (Österreich), Kiew (Ukraine), Magdeburg (Deutschland), St. Petersburg (Russland), Bose (Italien), Thessaloniki (Griechenland) und Rabat (Malta) getroffen. In Chalki wurde vereinbart, dass die nächste Tagung des Arbeitskreises im November 2016 in Taizé (Frankreich) stattfinden wird. ●

# Ihr Schmerz ist unser Schmerz

## Erklärung der muslimischen Religionsgemeinschaften in Deutschland

**Unter dem Titel „Gesellschaftlicher Zusammenhalt – jetzt erst recht“ haben die im Koordinationsrat der Muslime (KRM) und in der Deutschen Islam Konferenz (DIK) vertretenen muslimischen Religionsgemeinschaften eine gemeinsame Erklärung zu den Terroranschlägen von Paris veröffentlicht. KNA-ÖKI dokumentiert den Text, der auch von weiteren migrantischen Organisationen mitgetragen bzw. unterstützt wird.**

„Wir alle sind zutiefst betroffen von den niederträchtigen und barbarischen Anschlägen in Paris. Wir sind bestürzt und entsetzt. Diese erschütternden Terroranschläge haben uns fassungslos gemacht und uns in tiefe Trauer gestürzt.

Die Familien und Freunde der Opfer sind in tiefer Trauer. Unser Mitgefühl und Beileid gilt zualler-

erst den Familien, Angehörigen und Freunden der Opfer sowie der französischen Nation und allen, die sich betroffen fühlen. Wir teilen ihre Trauer. Ihr Schmerz ist auch unser Schmerz.

Wir teilen diese Trauer, denn auch wir sind Teil dieser Gesellschaft. So ist dieser Angriff auch ein Angriff auf uns. Terroranschläge richten sich gegen den gesellschaftlichen Frieden und die Friedliebenden. Ob sich darunter Angehörige einer bestimmten Volks-, Religions-, Weltanschauungszugehörigkeit befinden, ist Terroristen gleichgültig. Das zeigen auch die Anschläge in Syrien, in Madrid, im Irak, in London, in Marokko, in der Türkei und in Beirut.

Die Mörder von Paris irren, wenn sie glauben, sie seien die Vollstrecker eines göttlichen Willens. Terror steht in gänzlichem Widerspruch zur Barmher-

zigkeit Gottes. Die Terroristen sollen wissen: Im Bewusstsein der Barmherzigkeit Allahs stehen wir vereint in unserer Liebe zum Nächsten und in der Achtung vor dem Leben. Wir stehen entschlossen gegen Terror und gegen jede Form von Gewalt. Gerade in dieser schwierigen Zeit müssen wir mit allen gesellschaftlichen Kräften auch den Flüchtlingen helfen, die Zuflucht bei uns suchen. Wir müssen ihrer Stigmatisierung entgegenwirken.

Die beste Antwort, mit der man den Absichten der Terroristen entgegentreten kann, ist es, Hass, Zwietracht und Angst nicht in unsere Herzen eindringen zu lassen. Vielmehr müssen wir aufeinander zugehen, den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken, das Bündnis der Friedliebenden erweitern und dies demonstrativ zeigen, damit die Friedliebenden Hoffnung schöpfen können und nicht aufgeben. Denen, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt zerstören wollen, muss deutlich gezeigt werden, dass ihr Terror nicht Zerstörung, sondern Verbundenheit geschaffen hat. Unsere Antwort auf Terroranschläge muss lauten: Wir rücken noch stärker zusammen und halten unbeirrt an dem fest, was uns stark macht: unsere Religion, die Vielfalt als Segen begreift, und an den freiheitlichen Werten dieser Gesellschaft, die diese Vielfalt zum Erblühen bringt.

Das Gebot der Stunde ist es, die Verantwortlichen weltweit auf ihre Verantwortung hinzuweisen und sie aufzufordern, Unterdrückung, Tyrannei und Kriegen im Nahen Osten, in Afrika und überall auf der Welt mit allen Mitteln, die unsere freiheitlich und demokratischen Werte zulassen, entgegenzuwirken.

Dabei sind alle gesellschaftlichen Kräfte gefordert. Daher werden der KRM und die hier unterzeichnenden Organisationen in den nächsten Tagen

und Wochen in einen engen Austausch mit gesellschaftlichen Akteuren treten und beraten, was wir gemeinsam tun können, um die Reihen der Friedliebenden zu stärken. Uns ist dabei wichtig, die Menschen über konkrete Projekte und Aktionen zu erreichen. Es ist wichtiger denn je, den gesellschaftlichen Frieden zu stützen und zu stärken.

Der erste Anschlag in Paris im Januar hat dazu beigetragen, dass wir näher zusammengedrückt sind. Jetzt werden wir unseren Kreis erweitern und die Reihen der Friedliebenden und Freiheitsliebenden verstärken!“ ●

*Unterzeichner sind folgende Religionsgemeinschaften bzw. Verbände:*

KRM Verbände:

DITIB – Türkisch Islamische Union  
Islamrat für die BRD  
Verband Islamischer Kulturzentren  
Zentralrat der Muslime in Deutschland

sowie die Verbände

Ahmadiyya Muslim Cemaat  
Islamische Gemeinschaft der Bosniaken  
Islamische Gemeinschaft der Schiiten  
Zentralrat der Marokkaner in Deutschland

*Mitunterzeichner sind:*

Aktionsbündnis Muslimischer Frauen  
Christlich Muslimische Friedens- und Dialoginitiative  
Deutsch Türkische Gesundheitsstiftung  
Konferenz der Islamischen Landesverbände  
Union der Türkischen Caferiten in Europa  
Union of European Turkish Democrats